

Pakistan: Linkes Bündnis gegen Jihad und Militärterror

In Pakistan hat sich ein linkes Bündnis gegen Taliban und Militär gebildet. Die Labor Relief Campaign bittet um Spenden für Menschen, die vor den Kämpfen flüchten mussten.

Nicht nur im Iran wächst der Widerstand gegen den islamistischen Terror. Die Brutalität, mit der die Taliban in den von ihnen kontrollierten Gebieten herrschen, bringt immer Pakistanis gegen sie auf. „Grund für den Umschwung in der öffentlichen Wahrnehmung“, stellt die Labor Relief Campaign (LRC) fest, „ist ein Video, das die pakistanische Bevölkerung geschockt hat. Dieses zeigt die Auspeitschung eines Mädchens durch die Taliban. Ein Sprecher der Taliban verteidigte diese Strafe und beteuerte, dass das Mädchen eigentlich eine Steinigung verdient hätte.“

Die Taliban bezeichnen dies als „Nizam Adl“ (System der Gerechtigkeit), eine besonders strenge Auslegung der Sharia, die u. a. die von fast allen anderen Islamisten akzeptierte Frauenbildung untersagt. Die pakistanische Oligarchie hat die Taliban und andere jihadistische Gruppen jahrzehntelang für innen- und außenpolitische Zwecke benutzt, vor allem um die säkulare Opposition zu schwächen, Indien zu destabilisieren und die Hegemonie über Afghanistan zu gewinnen. Nun, da die Jihadisten außer Kontrolle geraten sind, reagiert das Regime mit dem rücksichtslosen Einsatz des Militärs. Die Opfer sind überwiegend Zivilisten.

Die LRC betont deshalb, dass dem Jihadismus nicht durch westliche oder pakistanische Militäroffensiven, sondern nur durch ein umfassendes Reformprogramm der Boden entzogen werden kann. Im Zentrum stehen die Landreform, denn die zivile Oligarchie der Parteiführer besteht überwiegend aus halbfeudalen Großgrundbesitzern, die kein Interesse an einer gesellschaftlichen Modernisierung haben, und eine Reform des Bildungssystems, denn solange in vielen Gebieten islamistische Koranschulen das einzige Bildungsangebot sind, wird es den Jihadisten an Nachwuchs nicht fehlen.

Die beteiligten Organisationen bemühen sich um den Aufbau einer

gesellschaftlichen Gegenmacht, u. a. durch die gewerkschaftliche Organisation in den Fabriken des nun umkämpften Swat-Tals. Derzeit aber geht es vor allem um humanitäre Hilfe für die Menschen, die vor den Kämpfen flüchten mussten. Ihre Zahl hat sich seit der Veröffentlichung des Aufrufs am 21. Mai von 1,5 auf drei Millionen verdoppelt.

Der Aufruf ist in deutscher Übersetzung in [INPREKORR](#) zu finden.